

16. Landtag von Baden-Württemberg, 35. Sitzung

Mittwoch, 31. Mai 2017, 09:00 Uhr

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung: Evaluierung der Polizeistruktureform (EvaPol)

Siegfried Lorek MdL, polizeipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion:

„Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir möchten alle die bestmögliche Sicherheit für die Menschen in diesem Land. Diese wird aber nicht durch haltlose Vorwürfe über die Medien oder hier im Plenum verbessert, sondern durch die Sacharbeit der grün-schwarzen Landesregierung und von Innenminister Thomas Strobl.

Wenn ich jetzt den nachgereichten Beschlussvorschlag der SPD ansehe, frage ich mich schon, ob das in irgendeiner Bierlaune nach einer Fraktionssitzung entstanden ist. Ich muss hier für Ernüchterung sorgen. Die angesprochenen Teilprojektsberichte sind in den Gesamtbericht eingeflossen, und der Gesamtbericht ist öffentlich. Und vor allem: Der Rechnungshof steht mit dem Innenministerium in engem Kontakt, und damit begleitet er auch die Polizeireform und EvaPol. Ihre Begründung, konkrete polizeifachliche Argumente sowie eine Unterlegung der Vorschläge mit Zahlenmaterial fehlen. Ihr damaliges Eckpunktepapier von 2012 hat im Übrigen die Kosten völlig außer Acht gelassen. Wir machen das jetzt. Wir, die grün-schwarze Koalition, haben eine unverzügliche Evaluierung der Polizeireform durchgeführt, um die Schwachpunkte zu identifizieren und zu beseitigen. Die letzte Polizeireform wurde in einem verschworenen Zirkel geplant. Jetzt erfolgt eine tatsächliche Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und über 11 000 Antworten bei der Befragung sprechen eine deutliche Sprache.

Das war die größte und umfassendste Beteiligung, die innerhalb unserer Polizei jemals durchgeführt wurde. Deshalb gilt unser Dank auch den mitwirkenden Beamtinnen und Beamten und Angestellten der Polizei. Am 21. März gab es eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion – ich zitiere –: *Die SPD-Fraktion bleibt dabei, – so Binder – die Empfehlungen des Lenkungsausschusses in der kommenden Woche abzuwarten und sich dann mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit und Fachlichkeit damit inhaltlich auseinanderzusetzen.*

Dies gebietet allein der Respekt vor den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die sich in verschiedenen Arbeitsgruppen in den vergangenen Monaten viel Arbeit gemacht haben, um die Polizeistrukturenreform in ihrer Wirkung zu begutachten.

Völlig richtig! Und genau das tun wir jetzt. Die Kosten und Aufwendungen werden jetzt valide geprüft. Das haben Sie 2012 nicht getan. Ihr Ziel war eine Stärkung der Reviere um je zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das haben Sie klar nicht geschafft. Sie haben die Ausbildungsstandorte reduziert. Wir werden sie wieder erhöhen. Bei Ihrer sogenannten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wurden Kosten von über 300 Millionen € angesetzt. Diese wurden aber schöngerechnet mit dem effizienten Personaleinsatz. Alles Luftbuchungen! Sie haben knapp 500 Stellen in den Landespolizeidirektionen gegengerechnet. Das bedeutet: Die beschäftigten LPDern haben wohl vorher nichts gearbeitet und konnten darum freigesetzt werden. Da waren unter anderem die Beamten vom Dezernat Organisierte Kriminalität dabei. Mit Ihren Vorhaltungen sprechen Sie jetzt den Mitgliedern des Lenkungsausschusses Ihr Misstrauen aus. Die sprach sich klar für das Vierzehnermodell aus. Das waren anerkannte Experten der Polizei: Waldemar Kindler, langjähriger bayerischer Landespolizeipräsident, ein bundesweit anerkannter Polizeixperte, Ralf Kusterer, Vorsitzender des Hauptpersonalrats, Dr. Stefanie Hinz, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Erwin Hetger, ehemaliger Landespolizeipräsident und Vorsitzender des „Weißen Rings“. Gut, es gab eine Gegenstimme im Lenkungsausschuss, und die kam vom ehemaligen Projektleiter der Polizeireform. Die Empfehlungen des Lenkungsausschusses sind fachlich fundiert. Wir sollten ihnen folgen. Liebe Kollegen von der SPD, betreiben Sie bei diesem Thema doch wieder einmal wirklich Innenpolitik, statt Denkmalschutz für Ihre Regierungsarbeit. Mit den jetzt von Ihnen eingeforderten Maßstäben hätten Sie damals Ihrer eigenen Reform niemals zustimmen dürfen.

Vielen Dank.“